

Castellengrube.

Zu dem Grubenunglück auf der „Castellengrube“, worüber wir schon in Nr. 17 der „Vergarb. Blt.“ berichteten, wird uns noch geschrieben:

In der Nacht vom 9. zum 10. April d. J. ereignete sich auf der „Castellengrube“, Kreis Hindenburg, ein furchtbare Grubenunglück, wobei 31 Bergleute den Tod fanden, zwei schwer verletzt und sieben leicht verletzt wurden. Als Besitzer der „Castellengrube“ kommen in Betracht: Graf von Plessen, Frau Gräfin Saurma-Zeltisch, Graf Matyschka. Als Bevollmächtigter fungiert Generaldirektor Bergmeister a. D. Bieler in Stade. Das Unglück soll durch eine Kohlenstaubexplosion hervorgerufen durch überladene Schüsse, entstanden sein. Die Kameraden sind nicht mehr am Leben und niemand kann sagen, wo durch dieses Unglück hervorgerufen wurde. Der amtliche Bericht lautet: „Am 10. April, vormittags, fand die Besichtigung der Unfallstelle durch den zuständigen staatlichen Bergrevierbeamten statt. Alle von der Explosion betroffenen Boule und Streifen waren zugänglich und rauschfrei. Die Verumung, daß eine Kohlenstaubexplosion am Kopfende des letzten Bremsberges, der sogenannten schwachen Stütze, aus der Grubenstraße gegen Westen im Kochhammerflöz stattgefunden hat, erwies sich als richtig. Wie die Besichtigung ergab, ist an zwei benachbarten Orten bei Schichtschluß fast gleichzeitig geschossen worden. Der eine Ort war ein Durchschlag, der kurz vor dem Durchschlag mit einem Gegenort stand. Der dort beschäftigte Bauer wollte vermutlich den Durchschlag mit einem letzten Schuß sicher erzielen und hat deshalb das Bohrloch stark überladen. Der Schuß hat jedoch nicht gewirkt, sondern ist ausgebliesen. Den Beweis dafür bildet die stechen gebliebene Bohrlochspitze von 1,20 Meter Länge. Der Bremsberg selbst stand auch im Vorricht. Hier sind, wie die Besichtigung ergab, verbandsmäßig zwei Schüsse gleichzeitig abgefeuert worden. Nach den polizeilichen Vorschriften darf in Streden immer nur ein Schuß gezündet werden.“

Nach dem geschilderten Befund scheint sich die Katastrophe folgendermaßen abgespielt zu haben: Der überladene Schuß im Durchschlag blies aus und wurde, wie immer in solchen Fällen, Kohlenstaub auf. Gleichzeitig warf er ein in unmittelbare Nähe der Schießstelle jährlings zurückgelassenes Laufgeschöß um, dessen flüssige Luft sich mit der Kohle zu einem hochvlosen Gemisch vermengte. Fernerhin entzündeten sich infolge dieser Ladung explosive Gasen, die mit dem Kohlenstaub zusammen die Strecke entlang gezeichnet wurden, und zwar unmittelbar vor den zweiten erwähnten, zum Schießen vorbereiteten Ort, den Bremsberg-Vorricht. Die beiden hier angesetzten Schüsse

müssen unmittelbar nach dem Abtun des Schusses im Durchschlag abgeschossen worden sein und entzündeten den ausgeworfenen Kohlenstaub. Da vor den beiden Schüssen des Bremsberges noch Sonnen nicht abgeschrägter Kohle lagen, erhielt die Explosionsflamme weitere Nahrung und schlug dem freien Wetterstrom entgegen, bis zur Gegenrichtung am Fuße des Bremsberges. In der heißen Flamme kamen die fünf vor den beiden Unfallstellen beschäftigten Bergleute zu Tode, die im Bremsberg in Deckung saßen, um die Wirkung der Schüsse abzuwarten. Ein lebster Bergmann am Fuße des Bremsberges kam auch noch durch die Explosionsflamme zu Tode. Alle übrigen Geföteten fanden in den mit Kohlenstaub geprägten Radischwaden den Erstickungstod.

Es entsteht die Frage: Wie konnte nur eine Kohlenstaubexplosion entstehen, wenn eine genügende Ventilationsanlage vorhanden gewesen wäre? Ob eine solche Einrichtung vorhanden war, sagt der Bericht nicht. Unseres Wissens besteht dort eine solche Einrichtung nicht. Es fehlt jetzt auf vielen Seiten eine Ventilationsanlage oder auch das nötige Wasser dazu. Wenn dann etwas passiert, dann wird die Zahl den Toten unterschreiten. Durch den Raubbau der Kriegszeit ist die Soll-Leistung in die Höhe getrieben worden und ist jetzt nur um einige Prozente auf die verfügbare Arbeitszeit vermindert. Die Bergleute müssen sich abscheiden, um das Notwendige zum Unterhalt ihrer Familie verdienen zu können. Es muß vor allen hergehoben werden, daß die Soll-Leistung auf den Palatineischen Gründen im Vergleich zu anderen Seiten die höchste ist. Das Mittelkommunismus der Arbeiter auf den Palatineischen Seiten ist auch das geringste, weil in den bisherigen Arbeiterschichten meistens Anhänger des Volentums waren, welchen nicht die wirtschaftlichen, sondern die politischen Fragen näher liegen.

Dieses Unglück beweist, wie notwendig ein durchgreifender Betriebsrat ist. Die Betriebsräte wählen will aber die Alliierte Kommission für den oberösterreichischen Abschließungsbezirk nicht zulassen, weil das Betriebsrätegebot nach Unterzeichnung des Friedensvertrages ins Leben gerufen wurde und für den oberösterreichischen Abschließungsbezirk außer Wirkung bleiben soll. General Le Rond hält, wie er selber angibt, an dem Friedensvertrag fest. Die oberösterreichischen Arbeiter- und Beamtenkammern verlangt mit gutem Recht, daß dieses Gebot in Wirklichkeit tritt, um in Zukunft solche Unglücksfälle zu verhindern. Unter keinen Umständen lassen sich die oberösterreichischen Arbeiter entziehen.

Knappshaftliches.

Antrag auf baldige Vorstandssitzung.

Unser Vorstandsvorsteher Fritz Jungesblut aus Bochum hat im Auftrag der übrigen Vorstandsvorsteher am 12. April an den Vorstand des Sozialen Knappshaftvereins folgendes Schreiben gerichtet:

„Im Auftrage der Vorstandsvorsteher ersuche ich höflich, die für den Monat April fällige Vorstandssitzung baldigst einzuberufen. Sie mögt die schleunigste Einberufung der Sitzung nötig, um zur Erhöhung der Knapphafteskasse Sitzung zu nehmen. Auch ist Beschluß darüber zu fassen, wie hoch in Zukunft die Zulassungszulage für die bedürftigen Rentenzentfänger gestellt werden soll, nachdem der Bergbauleiter eine 12 Millionen Mark für Zulassungszulagen bewilligte. Mit der Regelung dieser Angelegenheiten kann nicht bis zur Rastierung gewartet werden, sondern dies muß schnell geschehen, um unnötige Erregung in den Kreisen der Mitglieder zu verhindern.“

Aus dem Kreise der Kameraden.

Überbergamtbezirk Dortmund.

Durch Schaden klug geworden.

Die durch die kommunistischen und syndikalistischen Wirklöpfe irregeleiteten Bergarbeiter beginnen nach und nach durch Schaden klug zu werden. Das ebenso verhält wie verbrecherische Freuden des Dr. Neimberg, Kapfer, Wild, Kosch, Spaniol und Genossen hat ablosen und erwidert gewirkt. Der Erziehungsprache macht überall Fortschritte. In den Kreisen der Arbeiter, die sich bisher vom Wirklopfen leiten ließen und dabei nicht auf die Taten seien, kommt endlich die Erkenntnis zum Durchbruch, daß sie seit langem ein Spielball in den Händen gewissenloser Spieker der Reaktion waren. Viele Kommunistische und syndikalistische Käfiger wurden als alldemokratische Kapitäne erkannt. So war ein Hauptführer und Bezirksleiter der Kommunisten in Hamm, der an der Auspeitschung der Leidenden beteiligt war, ein voll gerüsteter Wolf von Schuh trägt, ein Offizier der Reichswehr. Ethische Erfahrungen wurden auch anderorts gemacht. Seitens ist es eine unbestrittene Tatsache, daß die uns bekannte Gewalt von Kommunisten und Syndikalisten nur die Geschäfte der Knapphauser bestreite.

Durch Schaden klug geworden, lehren die irregelrechten Arbeiter jetzt wieder zu ihren alten, bewährten, langlebigen Organisationen zurück. Im August kommt nun in einer Woche über 300 Delegierte der Kommunistischen Kreis Vereinigung wieder in unsern Verband zurückge-

kehrt. So geht es auch anderswoher. Im Bezirk Recklinghausen, der bisherigen Hochburg der Kommunisten und Syndikalisten, sind viele Ortsgruppen der Freien Vereinigung geschlossen zu unserem Verband übergetreten. So wirkt der Abschließungsunterricht, den die Bergarbeiter von der Rätediktatur in nächster Nähe genossen haben. Allerdings tören die Dummen nicht alle. Es gibt Fälle, die auch durch Schaden nicht klug werden. Ihre Zahl wird aber nach den künftigen Erfahrungen höchstens so klein bleiben, daß sie andern nicht mehr schaden können.

Bedrangte Lage der auswärtigen Arbeiter.

Die Lage der Arbeiter, welche die Eisen- oder Straßenbahnen benutzen, um zu ihrer Arbeit und zurück zu gelangen, war schon in normalen Zeiten eine ungünstigere wie die der übrigen Arbeiter. Durch die schlechten Verkehrs- und Wohnungsverhältnisse, sowie die hohen Fahrtpreise, hat sich dieselbe aber noch entsprechend verschärft, sodoch es unbedingt notwendig ist Mittel und Wege zu finden, um Erleichterungen zu schaffen. Das ist sehr schwer. An den Verkehrs- und Wohnungsverhältnissen läßt sich zunächst nicht viel ändern. Ausnahmepreise wird man auch nur schwer einführen können. Der nächstliegende Ausweg kann aber von den Überverhandlungen selbst gegangen werden durch Abschluss der Arbeiter, Fahrtkostenabschreibungen und sonstige Vergünstigungen. In der Vorüberhenszeit wurde auch dieser Entgegenkommen. Die ausgedehnt wohnenden Arbeiter erhielten bei der Ein- und Ausfahrt Vergünstigungen und zudem Fahrtkostenabschreibungen. Das kam später alles in Frage. Die Eisenbahnschaffenspreise stiegen ab 1. Oktober 1919 um 50 Proz., ob 1. März 1920 weiter um 100 Proz.; die Straßenbahnschaffenspreise sind teilweise noch mehr gestiegen. Die Bedrängnis der auswärtigen Arbeiter ist noch größer geworden, aber ein entsprechendes Entgegenkommen ist ihnen bisher nicht gezeigt worden. Eisenbahn wird bei der An- und Ausfahrt darauf ausdrücklich genommen. Durch das Überseitenakkord kann diese Arbeiter in noch größere Bedrängnis gelommen. Dadurch können die gewöhnlichen Fahrzeiten nicht mehr eingehalten werden. Nach der durch die Überseiten bedingten Ein- und Ausfahrt richten sich Eisenbahn und Straßenbahn nicht. So liegen diese Arbeiter denn viele Stunden ungünstig unterwegs auf Kosten ihres Ruhebedürfnisses und ihrer Gesundheit. Das sind wirklich unhalbare Zustände. Aber, wie herauskommen? Das ist die Frage, die nicht so leicht zu lösen ist. An den Verkehrs- und Wohnungsverhältnissen droht alles zu scheitern. Innerhalb müssen sich die Werksverwaltungen mit dieser Frage einmal ernstlich beschäftigen. Eine Regelung von zentraler Stelle ist schwierig, weil die örtlichen Verhältnisse zu verschiedenen sind. Die Frage muss aber unbedingt erörtert und gelöst werden, weil die jeglichen Zustände immer unhalbar werden und von den Arbeitern auf die Dauer nicht allein getragen werden können.

Bericht der Hauptkasse des Verbandes.

Geschäftsjaahr 1919.

(Vom 1. Februar 1919 bis 31. Januar 1920.)

Einnahme.

An Poststand am 1. Februar 1919	57 984,06 M.
Beiträge	12 269 974,95
Eintrittsgelder (à 50 Pf.)	118 129,50
Abonnements	22 056,97
Sozialbeiträge	709,60
Fahrtkosten	1 250,50
Mietzahlungen	380 759,80
Zinsen	375 639,88
Summa 18 226 190,26 M.	

Ausgabe.

Per Ortsvergütung	1 744 504,28 M.
Allgemeine Agitation und Bezirksuntersuchungen	911 078,-
Generalversammlungen und Konferenzen	262 219,13
Zeitungsaufgabe	3 628,04
Sterbegeld	135 746,20
Streitunterstützung	106 815,50
Unterstützung für Gemeinde	101 384,75
Unterstützung für Arbeitslose	187 817,25
Unterstützung für Kranken	590 452,81
Unterstützung für besondere Notfälle	1 154,-
Kriegsunterstützung	3 115,73
Gutachten	200,55
Gerichtskosten	13 220,70
Rechtschutz für eigene Sekretariate	56 191,20
Rechtschutz für andere Sekretariate	88 957,92
Rechtsachen	256 617,34
Verbandsorgan	878 706,62
Verfügungsschreiber	47 490,52
Bildungszwecke	69 928,65
Beiträge an den Gewerkschaftsbund	30 293,50
Verwaltung, persönlich	210 710,52
Verwaltung, sachlich	176 512,11
Banken	6 633 871,77
Sonstige Ausgaben	539 382,45
Rathen- und Schiedsbestand am 1. Januar 1920	134 805,49
Summa 13 226 496,26 M.	

Berührungssübersicht.

Banken, Sparassen und Darlehen	11 780 435,27 M.
Erfolgen	2 116 000,-
Rathenbestand am 31. Januar 1920	131 305,49

Summa 14 030 740,76 M.

Außerdem befinden sich in den Bezirkssäcken, Lokalsäcken	515 517,-
	433 161,-

Das Gesamtvermögen beträgt 14 793 418,76 M.

Germann Bittner, Haupthaushalter.

Vorstehende Abrechnung wurde mit den Belegen, Büchern und der Kasse in Übereinstimmung befunden.

Bochum, den 2. April 1920.

Friedrich Baldheder.

H. Münsched.

Amerlung zum Rathenbericht.

Der geräumige Zustrom von Mitgliedern in den letzten Monaten des Jahres 1918 und des Jahres 1919 hatte zur Folge, daß wir trotz der niederen Beiträge gegenüber dem Vorjahr eine erhebliche Mehrnahme aus Beiträgen zu verzeichnen haben. Im Jahre 1918 betrug die Einnahme an Beiträgen 4 995 643,13 M. 1919 hingegen 12 269 974,95 M. oder eine Mehrnahme von 7 674 331,82 M. Die Eintrittsgelder, welche im Vorjahr 119 839,- M. betrugen, wurden in diesem Jahre durch eine Einnahme von 118 129,50 M. also noch um 7 290,60 M. übertroffen. Ein Beweis dafür, wie gewaltig der Zustrom zum Verband trotz aller Gegen- und Aufrührungen im Jahre 1919 noch anhielt. Dem Vermögenszuwachs entsprechend haben sich die Zinsen gegen das Vorjahr (22 837,19 M.) in diesem Jahre auf 380 750,80 M. also ebenfalls um 154 913,61 M. erhöht.

In einem weit erheblicheren prozentualen Maße als wie die Einnahmen sind allerdings die Ausgaben gestiegen, und es war vorzusehen, daß bei gleichbleibendem Beiträgen wie in der Kriegszeit der ungeheure Beitragsaufwand für das geforderte Material (davon einzelne Teile bis zu 1000 Proz. und noch mehr) aufgrund eines steigenden Beitrags vorliegen wird. Die Ausgabe für Sterbegeld betrug im Geschäftsjahr zum Vorjahr (167 956,66 M.) 1919 185 746,20 M. Eine Steigerung um 17 789,54 M. Verursacht durch die sich verdoppelte Mitgliederzahl und die Folgen, welche der unheimliche Kriegsgefeuerter Hunger und Unterernährung hinterlassen hat. Ganz erheblich gegenüber dem Vorjahr haben sich die Ausgaben für Streit-, Arbeitslosen- und Gewerbegegenstalt erhöht. Die Ausgaben für diese Posten betrugen 1918 9478,24 M. 1919 aber schon wieder 30 017,50 M. Die Gewerbeunterstützung betrug 1918 449 401,55 M. im Jahre 1919 590 452,81 M. eine Steigerung um 141 051,26 M. Besonders große Mehrausgaben, hervorgerufen durch die Verstärkung, verursachte die Herstellung der „Bergarbeiterzeitung“, des Verwaltungsmaterials und der für die Funktionen notwendigen Drucksachen. Während die Herstellung der Zeitung im Jahre 1918 eine Ausgabe von 272 275,21 M. erforderte, so 1919 878 706,02 M. mit einem Mehr von 606 430,81 M. Die Drucksachen wurden 1918 um 51 852,01 M. 1919 aber 256 647,34 M. ebenso eine Steigerung um 204 795,33 M. Die in Ausgabe angeführten Beiträge für den Gewerkschaftsbund liegen hinter der Summe im Vorjahr zurück, was darauf zurückzuführen ist, daß der Betrag von

90 293,50 M. nur Beiträge für das erste Halbjahr 1919 sind, in Wirklichkeit aber über 70 000 M. und die fehlende Summe im Jahre 1920 zur Ausgabe gelangt. Die allgemeine Versteuerung kommt ebenfalls in den Ausgaben für Verhältnisse in beiden Teilen durch erheblich erhöhte Zahlen zum Ausdruck. Desgleichen der Posten Agitation und Belegschaftskosten, bedingt durch die Einführung neuer Hilfskräfte, Belagerung der Böhme und Versteuerung der Konferenzen um das fünf- bis sechsfache gegen früher. Der Posten sonstige Ausgaben erscheint darum so hoch, weil in ihnen die Kaufstrafen für die in Gleichen, Steigen und Nordhausen erworbene Grundstücke enthalten sind, deren Aufstellung sich notwendig machte, um unserer Bevölkerung die weitere Sicherung ihrer Wohn- und Wohträume zu ermöglichen. Das weiteren sind in dem Posten größere Beiträge enthalten, welche bei dem nächsten Jahresabschluß als direkte Einnahmen zur Buchung gelangen. Trotz aller erhöhten Ausgaben hat eine Vermeidung des Verbandsvermögens, ausschließlich der Betrieb in den Bahnhöfen und Bahnen, aus reinen Mittelbeiträgen von 7 701 893,92 M. statthaften. Am Jahresabschluß 1918 betrug der Vermögensbestand 7 268 841,84 M. in diesem Jahre 14 030 740,76 M. Weißt eine respektable Summe, welche in der Kriegszeit vielleicht schon genug hätte, unserer Organisation Respekt abgewinnen, aber heute bei mehr als 400 000 Mitgliedern und